

Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 17 & 27 – Langfristige Personalstrategie für den Justizvollzug & Funktionelle Zuständigkeiten in der Justiz neu regeln

Dazu sagt der rechtspolitische Sprecher der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen,

Burkhard Peters:

**Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh-gruene-fraktion.de

Nr. 071.20 / 21.02.2020

Die Behandlung von Strafgefangenen ist Gradmesser für den Stand der Gesellschaft

Sehr geehrte Damen und Herren,

Am Freitag letzter Woche hatte ich als Mitglied im Anstaltsbeirat der JVA Lübeck mal wieder Gelegenheit, mit der Interessenvertretung der Gefangenen, mit der Anstaltsleitung und dem Personalrat der Haftbediensteten zu sprechen.

Es zieht sich wie ein roter Faden durch alle Gespräche - übrigens auch in den regelmäßigen Gesprächen, die wir als Petitionsausschuss in allen Haftanstalten des Landes führen: die Personalausstattung der Haftanstalten, kombiniert mit einem überdurchschnittlich hohen Krankenstand beim Vollzugsdienst, ist nach wie vor zu knapp bemessen. Ich gestehe es hiermit ein: Wir haben in der letzten Wahlperiode zwar ein sehr gutes, in vielen Punkten sogar vorbildliches Landesstrafvollzugsgesetz verabschiedet. Aber die damaligen Berechnungen für den damit verbundenen Personalmehrbedarf waren unrealistisch. Es ist misslich, dass wir zwar gute Standards zu mehr Aufschlusszeiten in den Abteilungen, zu mehr begleiteten Ausführungen im Rahmen des Übergangsmanagements und neue Ansätze für einen familienfreundlichen Vollzug geschaffen haben, die wir in der Realität wegen knapper Personalbesetzungen aber oft nicht einlösen können. Das schafft bei allen Beteiligten Ärger, Frustration und Verdruss; bei den Gefangenen, bei der Leitung und bei den Bediensteten.

Es war deshalb richtig, dass wir im Jamaika-Koalitionsvertrag die Durchführung einer externen Personalbedarfsanalyse beschlossen haben, deren Ergebnis jetzt vorliegt mit dem wenig überraschenden Resultat, dass ein Mehrbedarf von insgesamt 85 vollen Stellen im Land besteht. Eingerechnet wurden dabei die bereits vereinbarten Stundenreduzierungen im Wechselschichtdienst, die mit 60 Stellen on Top landesweit zu Buche schlagen. Das ist ein ordentlicher Schluck aus der Pulle und stellt bis zum Haushaltsjahr 2025 eine Dauerbaustelle dar.

Aber wir kommen nicht drum herum. Denn eines ist klar: ein bedeutsamer Gradmesser für den zivilisatorischen Stand einer Gesellschaft besteht in der Behandlung der Strafgefangenen. Kalter Wegschluss oder resozialisierender Behandlungsvollzug. Wir haben uns mit gutem Grund für letzteres entschieden. Dann müssen wir auch für das erforderliche Personal sorgen. Auf lange Sicht ist das auch fiskalisch der bessere Weg. Denn engagierter Behandlungsvollzug vermeidet Rückfälligkeit und Drehtüreffekte. Nur damit schaffen wir es, die in Schleswig-Holstein nach wie vor sensationell niedrige Haftquote zu halten oder zu senken und damit eben auch teure Haftplätze zu vermeiden.

Das Geld für die Mehrstellen im Strafvollzugsbereich ist also gut angelegt. Bleibt die Frage: wie bekommen wir zukünftig die neuen Stellen besetzt? Kompetente und sozial engagierte Strafvollzugskräfte wachsen nicht an Bäumen, sondern müssen gefunden, motiviert, gut ausgebildet und gehalten werden.

Darauf zielt der vorliegende Antrag. Mit der Erhöhung der Ausbildungskapazitäten für Vollzugskräfte in der neuen Schule in Boostedt ist schon einmal ein sehr wichtiger Schritt getan. Ein äußerst wichtiger Baustein scheint mir außerdem, das Berufsfeld Strafvollzug in der öffentlichen Wahrnehmung herauszuholen aus einer vorurteilsbehafteten Schmuddelnische. Die Menschen, die in den Anstalten unseres Landes arbeiten, meistern eine enorm sinnvolle, herausfordernde und wertvolle gesellschaftliche Aufgabe. Mir schwebt eine Imagekampagne für das Berufsfeld Haftvollzug vor. Dass wir in diesem Bereich noch Einiges zu tun haben zeigt der geradezu absurde Straßenschilderstreit in Lübeck. Die Stadt Lübeck weigerte sich letztes Jahr beharrlich, 5 Hinweisschilder als Wegweiser zur JVA im umgebenden Straßenraum aufzustellen, vordergründig mit dem Argument, die würden nur den bestehenden Schilderwald noch mehr anwachsen lassen. Tatsächlich handelt es sich aber doch wohl um den Versuch, die Realität der landesweit größten Haftanstalt auszublenden und zu negieren, weil es vermeintlich so gar nicht zur marzipansüßen Altstadtidylle passt. Die JVA hat nun die Stadt Lübeck vor dem Verwaltungsgericht verklagt. Man darf gespannt sein.

In puncto SSW-Antrag zur Neuregelung der funktionellen Zuständigkeit in der Justiz bedanke ich mich bei dem Kollegen Harms dafür, dass wir im Innen- und Rechtsausschuss und Finanzausschuss eine mit Jamaika gemeinsam getragene Lösung gefunden haben.
